

# Rathaus - Korrespondenz

EIGENTÜMER, HERAUSGEBER, VERLEGER UND DRUCK:  
PRESSE- UND INFORMATIONSDIENST DER STADT WIEN

PRESSEFORUM - A 1082 WIEN, 1, RATHAUSSTRASSE 1 - TELEPHON 42 800 DURCHWAHL, KL. 2971 - 2974, FS (7) 5662  
CHEFREDAKTEUR UND FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

---

Samstag, 5. Juli 1969

Blatt 1879

## Vizebürgermeister Felix Slavik:

Eindeutig im Sinne des geltenden Rechtes entschieden  
=====

Investitionstätigkeit der Stadt Wien voll aufrecht erhalten

5. Juli (RK) Im Rahmen der Sendereihe "Wiener Probleme" sprach Vizebürgermeister Felix Slavik am Sonntag, dem 6. Juli, um 19.30 Uhr im Programm Österreich Regional von Radio Wien über Verfassung, U-Bahn-Steuer und den abgelaufenen Weltkongreß der Bürgermeister in Wien.

Im einzelnen führte der Vizebürgermeister aus:

"In Vertretung unserer Wiener Bürgermeisters Bruno Marek will ich versuchen, Sie heute wieder über einige Wiener Probleme zu informieren. In den letzten Wochen haben sich Rundfunk, Fernsehen und die Zeitungen sehr ausführlich mit einem Zwischenfall im Wiener Gemeinderat beschäftigt, der dadurch ausgelöst wurde, daß sich ein Gemeinderat geweigert hat, den Sitzungssaal zu verlassen, nachdem ihm vom Bürgermeister mitgeteilt wurde, daß er auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen sein Gemeinderatsmandat während der Dauer der gerichtlichen Untersuchungen wegen eines nicht politischen Deliktes nicht ausüben darf. Diese gesetzliche Bestimmung existiert nicht nur in Wien schon seit Jahrzehnten, sondern sie gilt für alle Gemeinden in sieben der neun Bundesländer unserer Republik. In dem Muster-gesetzentwurf, der von den besten Juristen Österreichs ausgearbeitet wurde und der die Grundlage für die Beschlüsse in sieben Landtagen bildete, gab es eine noch weitergehende Formulierung, die auch tatsächlich in zwei Bundesländern beschlossen wurde.

In diesen zwei Bundesländern darf ein Gemeinderatsmandat nicht ausgeübt werden, wenn der Gemeinderat in ein Ausgleichs- oder Konkursverfahren verwickelt ist.

Bis jetzt haben sich überall und in allen Gemeinden Österreichs von dieser Bestimmung betroffene Gemeinderäte selbstverständlich an die gesetzliche Bestimmung gehalten und es ist erstmalig jetzt vorgekommen, daß ein Gemeinderat auf die Verfassung einen Eid abgelegt hat, aber schon acht Tage später nicht mehr bereit gewesen ist, das geltende Recht anzuerkennen. Wenn sieben Landtage gleichartige Bestimmungen beschlossen haben, dann aus der Überlegung heraus, daß Gemeinderäte, gegen die eine gerichtliche Untersuchung wegen eines kriminellen Deliktes geführt wird, während der Zeit der Untersuchung von der Ausübung ihres Mandates ausgeschlossen sein sollen. In keinem Bundesland wurde jemals gegen diese gesetzliche Bestimmung irgend ein Protest laut und wenn Sie sich überlegen ob es Ihnen sympathisch wäre, daß Menschen, die wegen eines kriminellen Deliktes in Strafuntersuchungen gezogen sind, über das Schicksal von Gemeindebürgern entscheiden sollen, dann werden Sie sicher dem Gesetzgeber recht geben, der diese Möglichkeit ausschließt.

Man kann Gesetze nicht willkürlich anwenden, weil gesetzliche Bestimmungen für alle Bürger Gültigkeit haben müssen, auch für Mitglieder des Gemeinderates. Man kann sich nur zum Rechtsstaat bekennen oder den Rechtsstaat ablehnen. Der Wiener Bürgermeister hat eindeutig im Sinne des geltenden Rechtes entschieden und ich bin überzeugt davon, daß alle, die sich zum Rechtsstaat bekennen, unserem Bürgermeister recht geben müssen.

#### Kleinstgewerbetreibende zahlen keine U-Bahn-Abgabe

Auch ein zweites Problem wurde in unseren Massenmedien sehr ausführlich behandelt. Es handelt sich dabei um die Finanzierung des Wiener U-Bahn-Baus. Wie Ihnen allen bekannt ist, kostet der Bau von drei U-Bahn-Linien mehr als fünf Milliarden Schilling. Der Bund hat sich bereit erklärt, im Verlaufe von zwölf Jahren 2,4 Milliarden Schilling als Baukostenzuschuß zu leisten.

2,663 Milliarden Schilling müssen von uns Wienern selbst aufgebracht werden. Für die Finanzierung dieses großen Betrages gibt es natürlich verschiedene Vorschläge. Der Vorschlag, der am sympathischsten klingt, wäre der, daß wir überhaupt nichts bezahlen, sondern Schulden machen, also Kredite oder Anleihen für den U-Bahn-Bau aufnehmen. Alle diejenigen, die diesen Vorschlag im besten Glauben unterstützen, übersehen dabei, daß die aufgenommenen Kredite zum Teil schon während der Bauzeit zurückgezahlt werden müssen. Es gibt keine Kredite, die auf einen langen Zeitraum rückzahlungsfrei gestellt werden würden. Man kann eventuell zwei oder drei, vielleicht in Ausnahmefällen sogar fünf rückzahlungsfreie Jahre erreichen, aber dann beginnt unweigerlich die Rückzahlung, wobei nicht übersehen werden darf, daß bei eventuell fünf rückzahlungsfreien Jahren der Kredit bei einer siebenprozentigen Verzinsung schon um 40 Prozent höher geworden ist, das heißt, daß man nach fünf rückzahlungsfreien Jahren für 100 Millionen Schilling bereits 140 Millionen Schilling zahlen muß.

Ich ~~kann~~ mir nicht vorstellen, daß die Wiener Bevölkerung mit einer solchen Art der Finanzierung einverstanden sein würde. Die zweite Möglichkeit wäre, daß die Wiener Stadtverwaltung aus ihren allgemeinen Budgetmitteln die erforderlichen Beträge zur Verfügung stellt. Dies hätte zur Folge, daß Investitionen auf anderen Gebieten gekürzt werden müßten. Wir könnten dann weniger Wohnungen oder weniger Kindergärten errichten oder müßten den Straßen- und Brückenbau einschränken oder weniger Schulen und Pensionistenheime bauen oder ähnliches. Diese Maßnahme würde aber nicht nur für die gesamte Wiener Bevölkerung einen Nachteil mit sich bringen, sondern darüber hinaus auch bei allen Baufirmen, die im Hochbau beschäftigt sind, zu ernststen Beschäftigungsschwierigkeiten führen und damit Arbeitsplätze in Gefahr bringen. Wenn man diese Folgen vermeiden will, dann muß ein anderer Weg der Finanzierung gesucht werden. Ich habe schon vor einigen Monaten als Finanzreferent der Stadt Wien vorgeschlagen, die sogenannte U-Bahn-Abgabe einzuführen und die Arbeitgeber zu verpflichten, für jeden Arbeitnehmer zehn Schilling pro Woche an U-Bahn-Abgabe zu leisten.

Die kleinsten Gewerbetreibenden mit einer Lohnsumme bis zu 30.000 Schilling sollen von dieser Abgabe ausgenommen werden. Ebenso soll für Hausbesorger, für Lehrlinge, für Arbeitnehmer, die nach dem Invalideneinstellungsgesetz oder nach dem Opferfürsorgegesetz eingestellt wurden und für Arbeitnehmer, die über 55 Jahre alt sind, diese Abgabe nicht bezahlt werden.

#### Vollbeschäftigung - sicherste Existenzgrundlage

Für die Arbeitgeber bedeutet diese Abgabe eine Ausgabe-post, die nur zum Teil gewinnmindernd wirkt, weil sie so wie alle anderen Betriebsausgaben zu bewerten ist. Sie ersparen sich bei anderen Steuern einen beträchtlichen Teil, der zu leistenden Abgabe. Der Vorteil dieses Vorschlages liegt darin, daß mit dem Steuerertrag die Investitionstätigkeit der Stadt Wien auf allen anderen Gebieten außer des U-Bahn-Baues voll aufrecht erhalten werden kann und die Finanzierung des U-Bahn-Baues nicht nur für ein Jahr, sondern für viele Jahre sichergestellt werden kann. Ich hoffe, unsere Arbeitgeber werden verstehen, daß die starke Investitionstätigkeit der Stadt Wien und die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung auch für sie die sicherste Grundlage für ein erfolgreiches Wirken darstellt.

#### Wien hat wieder viele Freunde gewonnen

Zum Schluß möchte ich noch mitteilen, daß bei dem Internationalen Städtekongreß, der in Wien stattgefunden hat, 1.500 Delegierte aus 65 Staaten teilgenommen haben. Bei diesem Kongreß konnten wichtige Probleme der Gemeinden der ganzen Welt behandelt werden und Wien hat durch diesen Kongreß wieder viele Freunde in der ganzen Welt gewonnen.

Liebe Hörerinnen und liebe Hörer, ich hoffe, daß die dargelegten Probleme für Sie von Interesse waren und danke Ihnen für Ihr Zuhören. In 14 Tagen wird wieder unser Wiener Bürgermeister Bruno Marek zu Ihnen sprechen."

Eugen Guglia zum Gedenken  
=====

5. Juli (RK) Auf den 8. Juli fällt der 50. Todestag des Historikers und Schriftstellers Hofrats Dr. Eugen Guglia.

Er wurde am 24. August 1857 in Wien geboren und war nach Absolvierung des Fachstudiums zunächst als Mittelschullehrer tätig. Von 1901 bis 1908 fungierte er als Chefredakteur der Wiener Zeitung. Gleichzeitig wirkte er als Lehrer an der Kriegsschule und seit 1910 als Privatdozent für allgemeine neuere Geschichte an der Technischen Hochschule Wien. Dieses Fach unterrichtete er auch, als er nach Graz übersiedelte, wo er starb und begraben wurde. Sein Schaffen umfaßt wissenschaftliches Forschen sowie eine literarische und rege journalistische Tätigkeit. Als Historiker beschäftigte sich Guglia vor allem mit der Geschichte Österreichs und Wiens. Am bekanntesten ist er durch seine topographischen Schriften geworden. Sein Buch "Wien. Ein Führer durch Stadt und Umgebung" (1908) ist bis heute das brauchbarste Handbuch dieser Art geblieben. Es führt den Leser in die allgemeine Geschichte, in die Kulturgeschichte und in die Baugeschichte Wiens ein, vermittelt ihm aber auch viele konkrete Tatsachen über die Lebensgewohnheiten der Stadt. Als Chefredakteur der Wiener Zeitung hatte Eugen Guglia auch acht Jahre hindurch auf dem Gebiet der Journalistik ein wichtiges Wort zu sprechen.

- - -

Wenn, dann mit der Straßenbahn . . .

=====

5. Juli (RK) Ab Montag, dem 7. Juli werden in den betriebs-eigenen Vorverkaufsstellen der Wiener Verkehrsbetriebe wieder Wanderbüchlein erhältlich sein. Diesmal ist es das dritte Heft der kleinen Serie und der "Fahrt ins Blaue" gewidmet - Blau deswegen, weil es zu Seen, Teichen, Flüssen, Bächen und Schwimmbädern geht, die nicht unbedingt allen bekannt sind. Es sind selbstverständlich auch hier wieder neben den Ausflugszielen eine Reihe netter Wanderwege angegeben, die man ohne Mühe und ohne Plage mit der Straßenbahn erreichen kann.

Eine Neuheit allerdings gibt es diesmal: Das Wanderbüchlein zählt auch eine Reihe von Postautobuslinien auf, die gewissermaßen als Anschluß zu den städtischen Verkehrsmitteln zu benützen sind. Der Reiseradius wurde damit auf rund 30 Kilometer (gerechnet von der Stadtnitte aus) erweitert, liegt aber immer noch im sogenannten Nahbereich. Selbst für den Geldbeutel.

Zum Preis von 8.50 Schilling wird also die "Fahrt ins Blaue" angeboten werden. Die Vorgängerinnen dieses Heftchens die "Fahrt ins Grüne" und die "Fahrt ins Weiße" sind leider schon vergirffen. Die "Grüne" hat sogar einen dreimaligen Nachdruck erlebt!

- - -